

Niederschrift

JHA/017/2023

über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfe- und
Schulausschusses der Stadt Rheine
am 07.06.2023

Die heutige gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfe- und Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 16:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Jugendhilfeausschuss:

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende (ab 16:17 Uhr - TOP 3)
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Frau Carla Zachey

AG 78

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Andrea Bischoff

Sachkundige Einwohnerin f.
Familienbeirat

Frau Mona Gedicke

Interessensvertreterin Ju-
gendteam

Frau Svenja Glasmeyer

Jugendamtselternbeirat

Frau Nina Jansen

Sachkundige Einwohnerin f.
Beirat f. Menschen mit Be-
hinderung

Vertreter:

Herr Dr. Sven Greitschus

Ausschussmitglied f. Ar-
beitsverwaltung (ab 16:12
Uhr - TOP 3)

Frau Tatjana Lücke

SPD

Sachkundige Bürgerin Ver-
tretung für Frau Yvonne
Köhler

Frau Karin Schulz-Bennecke

Ausschussmitglied f. Schu-
len

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann

Beigeordneter

Frau Katja Käschnier

PV Kindergärten und Kinder-
tagespflege

Frau Diana Möllers

Kinder- und Jugendarbeit

Frau Annette Wiggers

Jugendamtsleiterin

Frau Andrea Atrott

Schriftführerin

Schulausschuss:

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude

CDU

Ratsmitglied/Vorsitzender

Mitglieder:

Frau Melanie Ehrhardt

CDU

Ratsmitglied

Frau Janine Heile-Limberg	FDP	Ratsmitglied
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Claudia Kuhnert	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Abdeslam Nordine		Sachkundiger Bürger (ab 16:15 Uhr - TOP 3)
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Lars Wever	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied (ab 16:15 Uhr - TOP 3)
Herr Josef Wilp	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Maja Dirks		Stadtschüler/-innenvertretung
Frau Doris Hasenkamp-Jakob		Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche
Frau Dorit Tönjes		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Vertreter:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Markus Tappe
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Thomas Schürmann
Frau Vera Schütz		Stellv. Sprecherin der Stadtschulpflegschaft

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8

Entschuldigt fehlen:

Jugendhilfeausschuss:

Mitglieder:

Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia		Ausschussmitglied f. Katholische Kirche
Frau Andrea Gehring		Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp		Ausschussmitglied f. Polizei
Herr Jörg Langhans		Ausschussmitglied f. Richter
Herr Vincenzo Pirone		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Frau Claudia Raneberg		Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Sabine Schillack		Ausschussmitglied f. Schulen

Schulausschuss:

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende
Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Cornelia Baars		Sprecherin der Stadtschulpflegschaft
Herr Vincenzo Pirone		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Frau Linda Rezmer

Sachkundige Einwohnerin f.
Beirat für Menschen mit
Behinderung

Herr Eckhard Roloff

Ausschussmitglied Vertre-
ter der ev. Kirche

Gäste:

Frau Beatrix Meyer

Sprecherin der Grundschu-
len

Frau Sandra Matzelle

Sprecherin der Stadtschul-
leiterkonferenz

Herr Fühner eröffnet die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe- und Schulausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil

1. Informationen der Verwaltung

Es gibt keine Informationen der Verwaltung.

2. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

**3. Organisationsstruktur der Qualitätsentwicklung im Aufgabenbereich Offene Ganztagschule (OGS) entsprechend der zukünftigen rechtlichen Vorgaben
Vorlage: 190/23**

Herr Gausmann erklärt, dass zur Schaffung der gebäudlichen Voraussetzungen für den Offenen Ganztags an allen Schulen zum 1. August 2026 Investitionsmittel benötigt würden. Im Rahmen der Bund-/Ländervereinbarung würde das Land Nordrhein-Westfalen 800 Mio. Euro erhalten; Rheine davon rund 3 Mio. Euro. Die Richtlinien des Landes zur Verteilung der Mittel sowie der Personal- und Organisationsstrukturen würden noch fehlen. Er führt weiter aus, dass die Verwaltung einen direkten Planungsbeginn für notwendig halte, da die beiden betroffenen Rechtskreise Schule und Jugendhilfe verwaltungsintern zu organisieren seien, und sie sich dann mit den künftigen Trägern, Schulen, Eltern und Kindern über die Qualitätsmerkmale eines gelingenden Ganztages im Kontext des Ganztagsförderungsgesetzes auseinandersetzen müssten. Deswegen schlägt er vor, dass die Verwaltung eine interne Projektgruppe bilde und die anderen Akteu-

re zu gegebener Zeit mit einbinden solle. Der Jugendhilfe- und der Schulausschuss würden regelmäßig informiert und die notwendigen Beschlüsse vorbereitet werden. Die Verwaltung werde im Jahr 2024 oder 2025 erneut zu einer gemeinsamen Sitzung einladen, um die Ergebnisse der Projekt- und Steuergruppe zu präsentieren.

Das am Freitag vor einer Woche stattgefundene Verwaltungsgespräch mit der Bezirksregierung Münster unter Beteiligung von Ministerien, bei dem Frau Gehrke die Stadt Rheine vertreten hätte, habe nichts Neues ergeben.

Herr Fühner bezieht sich auf das Schreiben des Städte- und Gemeindebundes (Anlage der Vorlage) und informiert, dass in Abstimmung des Landrates, Herrn Dr. Sommer, und aller 24 HVBs (*Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten*) ein Schreiben mit dem gleichen „Tenor“ entwickelt und an entsprechende Stellen des Bundes- und des Landesministeriums verschickt worden sei. Er sagt, dass es bei diesem Schreiben verkürzt nicht um die Notwendigkeit, sondern um den Zeitpunkt gehen würde.

Frau Richter begrüßt, dass die Stadt Rheine sich auf das, was 2026 kommen werde, vorbereiten, eine Projektgruppe bilden und regelmäßig Bericht erstatten wolle, da dieses im Hinblick auf die Personalplanung und Umsetzung für die Träger wichtig sei.

Herr Mollen gibt an, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimme. Er bittet um die Information, wo bei dieser Projektgruppe der Unterschied zwischen Projektleitung und Geschäftsführung liege und ob die Politik über die Ergebnisse der Projektgruppe, wie es in der Vorlage formuliert sei, informiert oder beteiligt werde.

Weiterhin fragt er, wie die Qualitätsstandards bei dem ganzheitlichen Qualitätsdialog aussehen würden, und ob die einzustellende Person die pädagogische Kompetenz, wie sie in der Vorlage formuliert worden sei, mitbringen müsse oder wie diese aufgebaut werden könne.

Herr Gausmann informiert, dass die Geschäftsführung sich um Sitzungsorganisation und Protokollführung und die Projektleitung um ein inhaltliches Vorankommen der Projektgruppe zu kümmern hätten.

Zu der Frage des Qualitätsdialogs und der Qualitätssicherung erklärt er, dass zwei unterschiedliche Bereiche mit unterschiedlichen Kompetenzen miteinander etwas entwickeln müssten. Im Rahmen des Produktes 2102 „Kindertageseinrichtungen“ gebe es eine städtische Leitung, die eine pädagogisch ausgebildete Fachberaterin mit den Qualitätsmerkmalen der Tageseinrichtungen für Kinderbetreuung sei. Im gleichen Produkt gebe es eine weitere Person, die sich schwerpunktmäßig mit Kindern mit Behinderung in Einrichtungen beschäftige, so dass zwei pädagogische Strukturen mit jeweils einer halben Stelle vorhanden seien. In der Schulverwaltung gebe es das nicht, weil es in der Vergangenheit organisatorisch eine reine Verwaltungsfra gestellung gewesen sei. Im Rahmen der Ausschreibungen für die freien Träger sei vor einigen Jahren angefangen worden, dort auch Qualitätsmerkmale abzubilden, die aus der Jugendhilfe und ihrer Stabstelle mit angereichert worden seien. Es würden eine Qualitätsdiskussion und Fachberatung für den OGS-Bereich notwendig werden, da dieses nicht zusammen mit der Kita-Fachberatung abgebildet werden könne. Das Dezernat II werde innerhalb des Verwaltungsvorstandes für die Stellenplanberatung eine halbe Pädagogik-Stelle für diesen Bereich anmelden.

Weiter gibt er an, dass die Verwaltung die Politik nicht nur informieren, sondern auch über die eine oder andere Fragestellung beschließen sowie bei Bedarf beteiligen lassen werde. Unter Berücksichtigung der Landesvorgaben werde vielleicht ein aus Schul- und Jugendhilfepolitik gemeinsam bestückter Unterausschuss eingerichtet werden müssen. Vor vielen Jahren habe es einen Unterausschuss Kinderbetreuung gegeben.

Herr Krage fragt, ob die Projektgruppe über das Jahr 2026 hinaus weitergepflegt werden solle oder es andere Beteiligungsmöglichkeiten im weiteren pädagogischen schulpolitischen Blick der OGS geben werde.

Er fragt weiter, ob es seitens der Verwaltung Überlegungen zu stadtteilbezogenen OGS-Angeboten gebe, in dem z. B. spezialisierte Gruppen in Jugendzentren vorgezogen würden, falls die Schulen bis 2026 bei der Raum- und Personalausstattung keine Deckung hinbekämen.

Herr Ortel gibt an, dass die Fraktion UWG die Vorlage begrüße, die nach seiner Auffassung zwei Schwerpunkte habe. Zum einen würde sie einen möglichen Weg der anstehenden Aufgaben und zum anderen einen noch nicht umgesetzten Konnexitätsprinzip-Fall (*Im deutschen Staatsrecht bezieht sich das Konnexitätsprinzip auf den Grundsatz aus Artikel 104a Abs. 1 GG, der besagt, dass Bund und Länder die Ausgaben tragen, die sich aus der Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben ergeben*) aufzeigen.

Er ist der Meinung, dass sich eine frühzeitige politische Beteiligung auszahle, wie es bei anderen Arbeitskreisen, z. B. im Arbeitskreis Schulstruktur oder der Grundschuloffensive, gemacht werde. Anderenfalls würde die Politik in einem vorangeschrittenen Prozessstadium womöglich in Teilen eine „Rolle rückwärts“ fordern; zudem sei ein Unterausschuss kein Abstimmungsgremium.

Herr Schaper kritisiert, dass das Wort „Inklusion“ in der Vorlage nicht auftauche.

Herr Gausmann antwortet auf die Frage von Herrn Krage, dass in den Richtlinien des Landes noch nicht geregelt sei, wie die OGS den Rechtsanspruch abzubilden habe. Der § 24 SGB VIII sehe ein ausreichendes Betreuungsangebot von Kindern im Grundschulalter vor. Das gelte nicht für die OGS mit einem freiwilligen Ganztagsangebot. Es weiß nicht, ob vielleicht demnächst drei Betreuungsstrukturen im schulischen Kontext abzubilden seien oder je ein Rechtsanspruch für Schule und Kitas in der Jugendhilfe oder andere Rahmenbedingungen kommen würden.

Die Verwaltung habe über die Grundschuloffensive bereits die Räume für die schulischen OGS-Betreuungsmöglichkeiten in ihrem Musterraumprogramm eingeplant. Nach § 24 SGB VIII bestehe auch die Möglichkeit, Räume in anderen Institutionen zur Verfügung zu stellen.

Er vermutet, dass Mitte 2024 ein verlässlicher Rahmen des Landes komme und hofft, dass die Stadt Rheine bis dahin alle Eventualitäten organisatorisch abgebildet habe und in die Detailplanung gehen könne.

Zu der Inklusion sagt Herr Gausmann, dass durch die UN-Behindertenrechtskonvention das Gemeinsame Lernen genauso wie die gemeinsame Betreuung eine Selbstverständlichkeit sowohl in Schule als auch in Kita darstellen würden. Im Musterraumprogramm sei alles barrierefrei abgebildet worden, und im Rahmen der OGS würde die Stadt Rheine für die zusätzlichen Betreuungsressourcen der Kinder mit Beeinträchtigung einen Zuschlag zahlen.

Auf die Frage von Herrn Ortel antwortet er, dass er die politische Beteiligung bewusst offengelassen habe. Die Verwaltung werde, wie auch in anderen Bereichen, z. B. dem Arbeitskreis Schulstruktur und der Grundschuloffensive, ein passendes Format finden um im Gespräch zu bleiben.

Herr Fühner meint, dass die Schul- und die Jugendhilfepolitiker von der Verwaltung gut beraten würden, auch in den Unterausschüssen. Er sei dankbar, dass sich die Schul- und Jugendverwaltung rechtzeitig auf den Weg gemacht und zur heutigen gemeinsamen Sitzung eingeladen habe.

Herr Gude äußert, dass im Schulausschuss nicht nur über Raum und Preis, sondern auch über die pädagogische Qualität im OGS-Bereich intensiv diskutiert worden sei und es viele Akteure geben würde. Die Stadt Rheine befinde sich wieder einen Schritt vor den anderen Akteuren, z. B. dem Land. Er hält es für wichtig, dass es für eine saubere Schnittstelle zwischen schulischer Bildung und Betreuung und der außerschulischen Betreuung eine Steuerungsgruppe gebe.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Schulausschuss

1. nehmen die Ausführungen der Verwaltung zum Rechtsanspruch auf eine ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter zur Kenntnis und
2. beauftragen die Verwaltung, die Rahmenbedingungen entsprechend der zukünftigen rechtlichen Vorgaben für die Stadt Rheine (Organisation und Qualitätsdialog) im Wege einer Projektgruppe aufzuarbeiten und den zuständigen Ausschüssen regelmäßig zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Jugendhilfeausschuss: einstimmig

Schulausschuss: einstimmig

4. Berichterstattung zur Finanzierung von Präventionsprojekten und die Erstellung von Schutzkonzepten an Schulen Vorlage: 217/23

Frau Reinke ist der Meinung, dass alles was zu der vorherigen und dieser Vorlage zu sagen sei, an das Land gehen müsse, da manches nicht richtig laufe. Vor allem der erzieherische Auftrag an das gesamte Schulpersonal werde schwieriger.

Herr Fühner sagt, dass dieses zu dem von Herrn Ortel genannten Konnexitätsprinzip gefasst werden könne.

Frau Lücke sagt, dass sie sich bezüglich der Landes-Adressierung ihrer Vorrednerin anschließe.

Sie regt an, dass die Verwaltung noch einmal mögliche Fördertöpfe für schulische Veranstaltungen im Kontext von Prävention und Gewaltschutz prüfen und für Ressourcen für eine qualitative Umsetzung, vielleicht auch zusammen mit Kitas, sorgen möge.

Frau Schulz-Bennecke merkt an, dass ihr Name in der Vorlage nicht korrekt geschrieben worden sei.

Die durch die Stadt finanzierte Schulsozialarbeit sei an den Schulen gut angekommen und die Schüler(innen) als Multiplikatoren (SaM) seien stark im Einsatz.

Zu dem dritten Punkt der Vorlage „Angebote Jugendschutz“ fragt sie, welche Angebote gemeint seien. Die Schulen würden mit Herrn Höping von der Drogenberatungsstelle zusammenarbeiten. Die Angebote des Kinderschutzbundes und der Pädagogischen Dienste seien für Schulen kostenpflichtig.

Die Fördermittel „Ankommen und Aufholen nach Corona“, Punkt vier der Vorlage, würden mit dem jetzigen Schuljahr enden. Die Schulen hätten viel geleistet, und es sei schade, wenn dieses nicht weiterfinanziert werden könne. Die Schulen würden derzeit für das kommende Schuljahr planen, und für alles was über die zehn Stunden der Schulsozialarbeit hinausgehe, hätten die Schulen keine Finanzierungsmöglichkeiten, so dass sie über die Eltern oder Fördervereine gehen müssten. Sie spreche von Bereichen wie Demokratieförderung, Cybermobbing, Rassismus, Schulabsentismus, psychologische Probleme, Vereinbarkeit von Schulstress und eigenen Befindlichkeiten sowie in der Oberstufe die Selbstverteidigungskurse, Theater, pädagogische Maßnahmen usw. Auch wenn das Land dafür zuständig sei, regt sie einen Projekttopf für Schulen an. In Schulen würden alle Kinder erreicht werden, da sie wegen ihrer Schulpflichtigkeit an den Programmen teilnehmen müssten.

Der Punkt fünf der Vorlage „Geld oder Stelle“ würde hauptsächlich den gebundenen Ganzttag betreffen; für den offenen Ganzttag gebe es kaum Möglichkeiten.

Herr Gausmann macht deutlich, dass regelmäßig nach Förderprogrammen gesucht werde, ihm jedoch kein Projekt bekannt sei, welches im schulischen Kontext funktioniere. Er sieht nicht, dass die Kommune diese schulischen Herausforderungen zu Händeln habe, da Schule in der inneren Angelegenheit ausschließlich Aufgabe des Landes sei. Von daher sei er nah bei Frau Reinke und Frau Lücke und denke, dass sich in Düsseldorf mehr tun müsse.

Er erklärt, dass der Schulausschuss bei einem entsprechenden politischen Antrag auf Projekt-mittel im Rahmen der Haushaltsberatung 2024 darüber zu beschließen hätte.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Schulausschuss nehmen die Ausführungen zur Finanzierung von Präventionsprojekten an Schulen und zur Erstellung von Schutzkonzepten an Schulen zur Kenntnis.

5. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

Ende der Sitzung: 16:35 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender JHA

Stefan Gude
Ausschussvorsitzender Schula

Andrea Atrott
Schriftführerin

